

Triumph und schwere Pflicht Blairs

Rücktritt des Tory-Chefs Hague nach dem Wahldebakel

Trotz scharfem Rückgang der Beteiligung hat Premierminister Blair einen zweiten Triumph in den britischen Unterhauswahlen errungen. Die Konservativen wiederholten das katastrophale Ergebnis von 1997. Oppositionsführer Hague kündigte den Rücktritt an. Die Liberaldemokraten gewannen Stimmenanteile und Parlamentssitze.

pgp. London, 8. Juni

Eine flauere Wahlkampagne hat das prognostizierte Ergebnis gebracht, und dennoch darf den britischen Unterhauswahlen vom 7. Juni 2001 in mehrfacher Hinsicht historische Bedeutung attestiert werden. Zum ersten Mal in der hundertjährigen Geschichte der Partei ist ein Labour-Premierminister mit ausreichender Parlamentsmehrheit im Amt bestätigt worden, um ein zweites volles Mandat ungefährdet zu Ende führen zu können.

Alarmierender Rückgang der Beteiligung

Tony Blair hat dieses Ziel mit der Rekordmehrheit von 167 Sitzen in einer Bestätigungswahl erreicht; Margaret Thatcher brachte es 1983 in gleicher Situation nur auf 144 Sitze. Die Konservativen haben, was ihre Mandatszahl betrifft, das katastrophale Resultat von 1997 wiederholt; um ein schlechteres Abschneiden der Tories zu finden, muss man auf die 1830er Jahre unter dem Herzog von Wellington zurückblicken. Von einem historischen Augenblick dürfen auch die Liberaldemokraten sprechen; sie haben seit 1929 kein besseres Ergebnis erzielt. Die trockenen Zahlen lauten wie folgt: Labour hatte 1997 von den insgesamt 659 Unterhaussitzen 419 gewonnen, vermochte sie seither in den Nachwahlen zu verteidigen und verfügt nunmehr über 413 Mandate. Die Konservativen kommen auf 166 Sitze, einen mehr als 1997; dazwischen hatten sie bei Nachwahlen deren 3 eingebüsst. Die Liberaldemokraten verbessern sich von 46 auf 53 Sitze. Wenig Trost gibt den Tories die Verbesserung beim Stimmenanteil von 30,7 auf rund 33 Prozent. Zugelegt haben auch die Liberaldemokraten von 16,8 auf etwa 19 Prozent. Labour musste dagegen von 43,2 auf knapp 42 Prozent zurückstecken. Dieser gesunkene Anteil hat sich nicht stärker im Verlust von Unterhaussitzen niedergeschlagen, weil er fast ausschliesslich traditionell sichere Labour-Wahlkreise traf, aber nicht die vor vier Jahren neu erungenen Mandate.

Mehr als ein Wermutstropfen in Blairs Tri-

umph ist der massive Rückgang der Wahlbeteiligung von 71,5 auf rund 59 Prozent. Das hatten die schwärzesten Prognosen nicht erwartet. Wiederum waren von der Abstinenten die Hochburgen Labours am stärksten betroffen. Von einem Desinteresse an der Politik zu sprechen, das bloss einen allgemeinen Trend in den westlichen Demokratien spiegle, wie es mehrere Kabinettsmitglieder taten, ist deshalb voreilig; viele Stammwähler blieben auch zu Hause, weil für sie New Labour zu weit nach rechts gerückt ist. Entgegen den Befürchtungen der Regierung und ihren eigenen Hoffnungen haben die Konservativen von der schlechten Beteiligung nicht mit Sitzgewinnen profitiert. Grund dafür ist die taktische Stimmabgabe, mit der Wähler Labours und der Liberaldemokraten den Kandidaten der Tories in «knappen» Wahlkreisen schaden konnten.

In absoluten Zahlen hat Blair mit nur noch rund 11 Millionen Wählern gegenüber 1997 2,5 Millionen Stimmen eingebüsst, und selbst bei der Niederlage von 1992 hatte Labour eine halbe Million mehr verzeichnet. Die Konservativen sind trotz der relativen Verbesserung mit noch gut 8 Millionen Wählern auf einem absoluten Tief angelangt; sie haben in den letzten vier Jahren weitere 1,5 Millionen Stimmen verloren. Nur ein Viertel der eingeschriebenen Wähler hat New Labour ausdrücklich das zweite Mandat erteilt.

Öffentliche Dienste und Euro-Referendum

Die sehr befriedigenden, aber keineswegs glänzenden Leistungen der ersten Amtszeit allein hätten Blair keine Wiederholung des Resultats von 1997 ermöglicht. Die im Wahlkampf verwendete Formel, nun seien die (vor allem wirtschaftlichen) Grundlagen gelegt, um in den nächsten Jahren die versprochenen Reformen anzupacken, verdeckte nur schlecht die Tatsache, dass New Labour die hoch gesteckten Erwartungen traditioneller und neuer Wähler der Partei bisher nur zum Teil erfüllt hat. In Zukunft wird die Regierung für Missstände nicht mehr konservative Vorgänger verantwortlich machen können, sondern

sich mit Kritikern im eigenen Lager sachlicher auseinandersetzen müssen.

Der Premierminister wirkte denn auch nicht wie ein Triumphator, als er am Freitagmittag nach einem kurzen Höflichkeitsbesuch bei der Königin im Buckingham-Palast an seinen Amtssitz in der Downing Street zurückkehrte. Auf eine grandiose Feier in der Morgenröte wie 1997 verzichtete die Siegerpartei. In einer kurzen Erklärung, in der viel zwischen den Zeilen zu lesen ist, attestierte Blair sich nicht zu Unrecht einen historischen Sieg und fügte bei, er verstehe diesen vor allem als Mandat für Reformen und Investitionen bei den öffentlichen Diensten und als Anweisung, Leistungen zu erbringen («an instruction to deliver») – endlich, vermeinte man mitzuhören. Blair versprach, der Bevölkerung reinen Wein einzuschenken über die schwierigen Entscheidungen, die dabei zu treffen seien; dies darf als Andeutung verstanden werden, dass substantielle Mehrausgaben über 2004 hinaus zu Opfern in Form von höheren Steuern oder Neuverschuldung führen könnten.

Die zweite grosse Prüfung steht Blair bei der Klärung der Rolle Grossbritanniens in der Europäischen Union bevor. Er gab, wiederum stark verklausuliert, zu erkennen, dass er bereit ist, das Wagnis eines Referendums über den Beitritt zur Euro-Zone einzugehen. Im Verhältnis zu Europa müssten Änderungen stattfinden, sagte der Premier, mit dem Ziel, sich zu engagieren und Einfluss auszuüben. Das werde nicht einfach sein, doch das britische Volk habe sich noch immer fähig erwiesen, schwere Anpassungen im Interesse des Landes zu vollziehen.

Verfehlte konservative Strategie

Die Ausgangslage für den Anschluss an die Einheitswährung hat sich insofern verbessert, als die Konservativen offenkundig keinerlei Nutzen daraus gezogen haben, dass sie die Rettung des Pfunds Sterling über weite Strecken des Wahlkampfes zu ihrem Hauptanliegen erklärten. Nämlich man den Oppositionsführer William Hague beim Wort, so wäre mit seiner Niederlage das Schicksal der britischen Währung bereits besiegelt. Doch die Wähler haben nicht eingesehen, weshalb sie innenpolitische Probleme, die auf ihrer Prioritätenliste an der Spitze stehen, hinter eine Frage zurückstellen sollten, über die auf jeden Fall in einer Volksabstimmung entschieden wird. In dieser Kampagne wird Hague freilich die Konservativen nicht mehr anführen.

Der Tory-Chef hat aus der in diesem katastro-

phalen Ausmass nicht einmal von seinen schärfsten parteiinternen Kritikern erwarteten Niederlage schon am Freitag früh die Konsequenz gezogen und seinen Rücktritt angekündigt. Damit erspart Hague den Konservativen heuchlerische Treuebekundungen vor und einen schmutzigen Kampf hinter den Kulissen. Er will seinem Nachfolger oder seiner Nachfolgerin Platz machen, sobald es das komplizierte Wahlverfahren ermöglicht, auf jeden Fall vor dem Jahresparteitag Anfang Oktober. Den Anwärtern bleiben einige Wochen, um ihre Ambitionen anzumelden. Dann scheidet die Unterhausfraktion aus deren Kreis zwei Personen aus, bevor die Parteimitglieder in einer Briefabstimmung die letzte Wahl treffen. Als Favorit gilt der jetzige Schattenschatzkanzler und frühere Verteidigungsminister Portillo. Doch das ist keine Garantie für den Erfolg; Hague selbst und vor allem auch Thatcher waren seinerzeit als Aussenseiter ins Rennen gegangen.

Der ehemalige Vizepremier Heseltine warf Hague am Freitag vor, er habe den Konservativen das Image einer fremdenfeindlichen Partei gegeben, die in sich selbst versunken sei, statt dass sie die Leute anspreche, die ihr vor vier Jahren den Rücken gekehrt hätten. Diese Diagnose ist scharf zugespitzt, aber richtig.

Erfolg für Kennedys Liberaldemokraten

Der liberaldemokratische Parteichef, Charles Kennedy, hatte am Freitag am meisten Grund zur Genugtuung. Er hat sein weitherum für allzu kühn gehaltenes Doppelziel einer Steigerung des nationalen Wähleranteils und der Zahl der Unterhaussitze erreicht und ein Glanzresultat im eigenen Wahlkreis erzielt. Alles Gerede, er mache gemessen an seinem zackigen Vorgänger Ashdown eine schwächliche Figur, ist verstummt. Laut Kennedy sind die Liberaldemokraten die Partei der Zukunft in der britischen Politik; sie würden anstelle der angeschlagenen Konservativen die Rolle der effektiven Opposition im Parlament übernehmen. Der Optimismus ist damit reichlich weit getrieben. Zu bedenken ist, dass die Liberaldemokraten nicht zuletzt wieder von taktischer Stimmabgabe profitiert haben und dass sie unter dem bestehenden reinen Mehrheitswahlrecht das Stigma der dritten Partei im Zweiparteiensystem kaum je loswerden können. Eine geschrumpfte Mehrheit Labours wäre ihnen dienlicher gewesen.

Kommentar Seite 3, weiterer Artikel Seite 21

Straw wird neuer Aussenminister

(afp) Premierminister Blair hat nach dem Sieg seiner Labour-Partei am Freitag sein Kabinett umgebildet. Blair ernannte nach offiziellen Angaben den bisherigen Innenminister Jack Straw zum Aussenminister. Straw wird Nachfolger von Robin Cook. Nach der am Abend verbreiteten Regierungserklärung bleibt Finanzminister Gordon Brown im Amt.

Straw wird neuer Aussenminister

(afp) Premierminister Blair hat nach dem Sieg seiner Labour-Partei am Freitag sein Kabinett umgebildet. Blair ernannte nach offiziellen Angaben den bisherigen Innenminister Jack Straw zum Aussenminister. Straw wird Nachfolger von Robin Cook. Nach der am Abend verbreiteten Regierungserklärung bleibt Finanzminister Gordon Brown im Amt.